

Betr.: Atomkraft-Abwicklung in Ost und West

Ein Handlungsplan für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

I. Atomreaktoren abschalten

Zuerst müssen die unsichersten Reaktoren abgeschaltet werden, d. h. diejenigen die im Territorium der ehemaligen Sowjetunion betrieben werden. Wird die politisch-wirtschaftliche Situation im Umfeld dieser Atomkraftwerke nicht nachhaltig stabilisiert, wachsen die von diesen Großanlagen ausgehenden Gefahren ins Unermeßliche: nicht nur durch Korruption und wirtschaftliche Not der Mitarbeiter, sondern schon durch Überalterung, Provisorien, Mangel an qualifiziertem Personal und Ersatzteilen etc.

II. Atomreaktoren dienen militärischen Zielen

Bekanntlich wurden die ersten Atomanlagen in den USA, der Sowjetunion, in England und Frankreich für militärisch-strategische Zwecke konzipiert, gebaut und betrieben. Mit Beginn des "Kalten Krieges" wurde nicht zuletzt auch zur Stärkung dieses militärisch-wissenschaftlich-industriellen Komplexes das Motto "Atoms for peace" in die Welt gesetzt und massiv propagiert.

Diese "frohe" Botschaft hat eine positiv-sorglose Grundeinstellung bei der Bevölkerung in Ost und West begünstigt, so daß ein weltweit nie vorher in der Menschheitsgeschichte gekanntes Gefährdungspotential gegen jegliches Leben in aller Zukunft angehäuft werden konnte. In diesem Zusammenhang muß zu denken geben, daß schon seit Jahren nicht nur sowjetische Atomwissenschaftler, sondern auch über eine Million ehemaliger Soldaten ohne würdige Unterkunft, Sold und regelmäßige Tätigkeit sind.

III. Kernenergie: der finanzielle, ökonomische und lebensgefährdende Skandal

IIIa. Der finanzielle Skandal

Die westdeutsche Energiewirtschaft hat für die Entsorgung der Kernkraftwerke mindestens 55 Mrd. DM an der Steuer vorbei angehäuft. Gleichzeitig hat sich im Laufe der Jahrzehnte das deutsche Atomenergiekonzept aus verschiedensten Gründen geändert: siehe das Schicksal der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, des Schnellen Brütters Kalkar, des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop und die Probleme mit der Aufbereitung der Brennstäbe in Frankreich.

IIIb. Der ökonomische Skandal

Diese 55 Mrd. (plus) stellen ordnungspolitisch eine starke Störstrahlung gegen die Demokratie und den Wettbewerb auf den Märkten dar. (Das bedeutet etwa 10 Millionen DM Zinsertrag pro Tag!) Politisch ohne Kontrolle schreitet die Expansion der zum Teil mit Geheimverträgen untereinander vernetzten Konzerne in Nicht-Monopolbereiche fort, etabliert den wandlungsfähigen Virus des Monopols in resistenten Formen des

Oligopols in Zukunftsbereiche unserer Gesellschaft. Solange dem nicht Einhalt geboten wird, ist es z.B. politisch unverantwortlich, die Risikobereitschaft kreativer Jungunternehmer herauszufordern, alles zu geben und sich persönlich finanziell zu ruinieren.

Dabei wurde in den letzten hundert Jahren parallel zur Zentralisierung der Energiewirtschaft im Vergleich zwischen Deutschland und Dänemark gezeigt, daß die von den Großkonzernen betriebene Politik der "Entörtlichung" die in jeder Hinsicht teuerste Form der Energieproduktion ist.

IIIc. Der lebensgefährdende Skandal

Die 55 Mrd. (plus) sind, auch wenn es z.Zt. noch rechtlich anders dargestellt wird, nicht das Eigentum der Energiekonzerne, sondern gehören in Wahrheit den kommenden Generationen, die mit der todbringenden Erblast Plutonium und mit den vermehrten radioaktiven Belastungen leben müssen. Alle Konzerne, die sich auf diesem Gebiet betätigen, auch wenn sie als goldumrandete Aktiengesellschaften einherkommen, sind im rechtlichen Kern Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Letztendlich muß das Leben - die Gemeinschaft der Pflanzen, Tiere und Menschen - mit der Entsorgung der atomaren Erbsünde fertig werden, auch mit verminderter Lebensqualität, unsäglichen Krankheiten und früherem Tod. Man bedenke: bis heute gibt es trotz erheblichen Einsatzes an Steuergeldern weltweit kein sicheres Endlager!

Es ist an der Zeit, in aller Öffentlichkeit festzustellen: die dem "shareholder-value" verpflichteten "global player" lehnen die Verantwortung für das sprachlich verniedlichte "Restrisiko" prinzipiell ab. Die dafür auf dem Markt zu zahlenden Versicherungsprämien machen den elektrischen Strom aus Atomenergie endgültig unbezahlbar. Die mittels internationaler Staatsverträge systematisch legalisierte Unterversicherung des Betriebes von Atomanlagen ist und bleibt ein Skandal! Auch eine Erhöhung der Versicherungssumme auf das Zehnfache reicht angesichts der nachweislichen Schäden von Tschernobyl bei weitem nicht aus.

Da im Plutonium der griechische Gott der Unterwelt rumort, wollen die Herren der Energiewirtschaft von Pluto - dem Herrn des Hades und des Geldes - nur sein Geld, nicht das atomare Endlager - das darf behalten wer will!

IV. Vorschlag zur Konversion der Energiewirtschaft

Ein Gesetz zur Übertragung der steuerfreien Rückstellungen der Energiewirtschaft für die Entsorgung atomarer Hinterlassenschaften auf die Bundesrepublik Deutschland ist dringend geboten.

Politisch ist die Atomwirtschaft der Konversion zuzuordnen, d. h., der Umwandlung der Wirtschaft von der Produktion für den Krieg zur Produktion für den Frieden.

Die Wirtschaftsteile, die dem Atomsektor zugehören, müssen durch die Politik dazu angehalten und gefördert werden, alternative high-tech-Energietechnologie zu entwickeln, einzuführen und zu betreiben.

Ähnlich dem Marshallplan, der Westdeutschland den raschen Wiederaufbau und damit die Demokratie ermöglichte, müssen wir jetzt nach dem gewonnenen Kalten Krieg der Bevölkerung in der sich unterlegen fühlenden ehemaligen Sowjetunion beim Wiederaufbau einer menschenwürdigen Gesellschaft helfen.

(Siehe auch: "Der Westen muß Rußland aus der Krise helfen: Aber wie? Uns bleibt nur noch wenig Zeit. Der Marshallplan könnte ein Modell für Hilfsaktionen sein", DIE ZEIT, 29. Oktober 1998, S.15)

Gleichzeitig helfen wir uns hier im wiedervereinten Deutschland, indem eine machbare Zukunftsvision Wirtschaft und Gesellschaft in Ost und West erfaßt, und besondere Fähigkeiten der Bevölkerung der exDDR reaktiviert. Die SPD Willi Brandts hat schon einmal die Gesellschaft national und international erfaßt mit ihrer Politik der Öffnung nach Osten. Warum soll das jetzt, nachdem deren Erfolge nicht mehr zu übersehen sind, nicht noch einmal möglich sein?

Die Mittel für diesen deutschen "Marshallplan" (der Name muß noch gefunden werden) liegen in den 55 Mrd. (plus)-Rückstellungen, die nur zum Zwecke der Atomkraft-Abwicklung steuerbefreit bereitliegen. Sie sind gesetzlich aktivierbar und müssen die Finanzierungsgrundlage einer deutsch-russischen Partnerschaft zum Bau moderner effektiver Ersatzkapazitäten bilden, um die Atomkraftwerke des Tschernobyl-Typs möglichst schnell abschalten zu können.

Die hiesigen Atomkraftwerke - selbst wenn sie sofort abgeschaltet würden - müssen zunächst dreißig Jahre radioaktiv abklingen. Das Geld für die Finanzierung der vorgeschlagenen deutsch-russischen Partnerschaft zur Abwicklung der Atomkraft ist längst wieder zuhause, wenn die bundesdeutschen Atomkraftwerke "rückgebaut" werden können.

Ulrich Jochimsen, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.
Max-Eyth-Allee 22-24, 14469 Potsdam

den 23. 11. 1998

Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.: Tel. 0161-1417708, Fax 0461-582193